Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski.

Abend-Ausgabe.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 86. [32. Jahrgang.] **Berlin, Montag den 20. Februar 1893, Abends.** **[32. Jahrgang.] Nr. 86.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**
Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Für den Monat **März** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von *M.* **2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 20. Februar.

Die beiden Versammlungen, in denen der Bund der Landwirthe am Sonnabend auf Tivoli konstituirt wurde, dürfen auch ohne Ueberschätzung der Möglichkeit ihrer sofortigen Tragweite als eine beachtenswerthe Kundgebung betrachtet werden.

Darüber, daß die Prosperität unserer Landwirthschaft seit Jahren — nicht etwa erst seit heute oder gestern sich in absteigender Kurve bewegt, besteht ebenso wenig ein Zweifel, wie darüber, daß es ein in erster Linie staatliches Interesse ist, eine leistungsfähige Landwirthschaft zu erhalten, und, wenn nothwendig, deren Leistungsfähigkeit wieder herzustellen.

Besteht über den Zweck selbst eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit nicht, so ist dies doch vielfach betreffs der Mittel zum Zwecke der Fall, und die Landwirthe haben im Wesentlichen ihr gutes Recht wahrgenommen, wenn sie sich eine Organisation geschaffen haben, deren ausschließliche Aufgabe sein soll, für die von ihnen als zu jenem Zwecke dienlich erachteten Mittel zu wirken. Daß diese Organisation auch als ein politischer Faktor auftritt, erscheint um so natürlicher, als die politischen Parteien mit einseitiger Wahrnehmung von allerhand programmatischen Idealen viel zu viel zu thun haben, als daß sie sich ernsthaft um wirthschaftliche Interessen bekümmern könnten. Letztere haben daher schon lange und manchmal mit Erfolg — wir erinnern an die freie wirthschaftliche Vereinigung im Reichstage von 1879 — eine spezifische parlamentarische Vertretung angestrebt, und, indem die Landwirthe ihren Bund konstituirten, thaten sie etwas, was durchaus in jenem Zuge der Zeit liegt, der sich, je länger je mehr, von den nach bekanntem Ausspruche „sämmtlich überlebten" politischen Parteien abwendet.

Im Interesse der Landwirthschaft kann man auch wünschen, daß der Bund der Landwirthe ein einflußreicher Faktor werden möge. Dieses wird um so mehr der Fall sein, je mehr seine Leiter und Lenker beachten, daß allein in der Beschränkung auf das Mögliche das Geheimniß und die Bürgschaft des Erfolges liegen.

Mit besonderem Nachdruck ist in den Tivoliversammlungen die Loyalität der Landwirthe betont worden, und gerade diese wissen allerdings aus ihrer täglichen Lebenserfahrung die Unentbehrlichkeit von Disziplin und Ordnung zu würdigen. Der Bund der Landwirthe wird daher seiner letzten Aufgabe und dem Bedürfnisse seiner Kommittenten auch nur dann gerecht werden können, wenn er dahin mitwirkt, daß Disziplin und Ordnung im Großen und im Kleinen aufrecht erhalten bleiben, oder, wo sie erschüttert sein sollten, wiederhergestellt werden. In diesem Sinne kann dem Bunde der Landwirthe nach der wirthschaftlichen und nach der politischen Seite hin eine große und lohnende Aufgabe erwachsen, und wird es ebenso von der aufrichtigen Loyalität wie von der Geschicklichkeit seiner Leiter abhängen, ob er den Erwartungen zu entsprechen vermag, welche, wenn auch nicht besonders besonders betont, die Mehrzahl der Interessenten hegte, die seinem Inslebentreten so lebhaften Beifall spendeten.

Wie aus **Neustrelitz** gemeldet wird, werden Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin zum Besuche am großherzoglichen Hofe am Donnerstag den 23. d. dort erwartet.

In Bayern wird heute unter allseitiger freudiger Antheilnahme das Fest der silbernen Hochzeit des **Prinzen Ludwig** und seiner Gemahlin begangen. Die „Allg. Ztg." sagt zu diesem Anlasse:

„Nicht allein das mustergültige Familienleben des ältesten Sohnes unseres erhabenen Prinz-Regenten, sondern auch die trefflichen Eigenschaften seines Geistes und des Herzens und deren stete Bethätigung in einer vielseitigen, unermüdlichen Wirksamkeit haben dem hohen Herrn in Bayern überall aufrichtige Verehrung erworben, und auch im übrigen Deutschland hat sein auf die edelsten Ziele gerichtetes Streben, wie seine warme vaterländische Gesinnung vielfach Verständniß und Zuneigung erweckt. Unvergessen ist dem Prinzen so Manches, was er in That und Wort, einseitige Interessen ablehnend, für Förderung der allgemeinen Wohlfahrt erstrebt und geleistet hat, und mit fest gegründetem Vertrauen sieht das bayerische Volk einer Zukunft entgegen, in der Ihm ein noch größerer Antheil an den Geschicken des Landes beschieden sein wird. Vollgültiges Zeugniß davon ist die unausgesetzte Reihe von Glückwünschen und Huldigungen, die dem Prinzen und seiner verehrungswürdigen Lebensgefährtin, der als Vorbild allen Frauen voranleuchtenden Gattin und Mutter, aus so freudigem Anlaß von allen Seiten in diesen festlichen Tagen dargebracht werden."

In der gestrigen Morgenummer haben wir einen **Erlaß des Herrn Finanzministers** mitgetheilt, welcher das kürzlich unsererseits besprochene Vorgehen

einzelner Vorsitzender der Steuerveranlagungskommissionen rektifizirt und durchaus denjenigen Gesichtspunkten entspricht, die unsererseits im Leitartikel der Nr. 79 vom 16. d. M. zur Sache beigebracht wurden. Hatte der Herr Finanzminister schon früher betont, daß die Veranlagungskommissionen möglichst wenig rigoros betreffs des Eindringens in die Verhältnisse der Steuerpflichtigen vorgehen sollten, so können wir es nur dankbar begrüßen, wenn derselbe schon unter dem 14. d. M. Veranlassung genommen hatte, dem unsererseits besprochenen mißbräuchlichen Vorgehen einzelner unterer Organe durch eine generelle Verfügung ein Ziel zu setzen.

Um so weniger aber ist es zu verstehen, wenn die „Kölnische Zeitung" — dabei den Spuren der „Freisinnigen Zeitung" des Abg. E. Richter folgend — in unseren Darlegungen einen Angriff auf den Herrn Finanzminister gewittert hat und auf diese Seifenblase hin allerlei politische Kannegießerei zu treiben unternahm. Wir haben ausdrücklich bedauert, daß die unteren Organe die bekannten Absichten des Gesetzgebers und der Finanzverwaltung derartig mißverstehen könnten, und es kann nur aus dem allerdings wiederholt ersichtlich gewordenen Drängen der „Köln. Ztg." gerade in der Richtung des Herrn Dr. Miquel Zwiespalt zu säen, erklärt werden, daß dieses im Uebrigen so ernsthaft redigirte Blatt seine Spalten einem so seichten und thörichten Geschreibsel geöffnet hat.

Selbstverständlich können uns derartige Zwischenfälle nicht in Erfüllung der Pflicht beirren, bemerkte öffentliche Uebelstände behufs deren Abhülfe zu besprechen; die „Köln. Ztg." wird aber aus der, in diesem Fall so eklatant hervorgetretenen Uebereinstimmung unserer Auffassung mit der vom Herrn Finanzminister kundgegebenen Ansicht den Nutzen ziehen, in den Kommentaren zu derartigen sachlich voll berechtigten Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg." nur den Inhalt zu beachten und keine politischen Märchen dazu zu dichten.

In der heutigen (34.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde die zweite Berathung des Etats des Kultusministeriums fortgesetzt. Bei dem Titel: „Gehalt des Ministers" wandte sich Abg. Dasbach nochmals gegen die neulichen Ausführungen des Abg. Rickert über die Bedeutung des Dr. Eckert in Sachen des Judenspiegels. Er halte seine Behauptung von der Autorität des Dr. Eckert durchweg aufrecht. Er habe auch in Folge der Rickert'schen Ausführungen bei Dr. Bickel telegraphisch nachgefragt, ob er seine Behauptung, daß Briemann Verfasser des Judenspiegels sei, aufrecht erhalte. Darauf habe Bickel nicht ja und nicht nein geantwortet, sondern nur „Briemann behauptet es." Redner beleuchtet alsdann die Erklärung der Rabbiner, beruft sich auf Moltke, der sich in scharfer Weise gegen die Juden ausgesprochen habe, die den Befehlen unbekannter Oberen folgten, und weist dann darauf hin, daß das Kanonische Recht strenge Maßregeln über den Verkehr zwischen Juden und Christen getroffen habe. Die Diskussion wird geschlossen. Abg. Rickert (dfr.) behält sich vor, bei anderer Gelegenheit auf die Ausführungen Dasbach's zurückzukommen. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt. Bei der fortgesetzten Berathung beschwert sich Abg. Graf Strachwitz (Zentr.) über die Beeinträchtigung der segensreichen Thätigkeit der Mägde Mariä in der Krankenpflege. Kultusminister Dr. Bosse versichert, daß durchaus nichts geschehe, was irgend einer Tendenz ähnlich sehe, die Mägde Mariä anders zu behandeln, als andere Krankenpflegerinnen. Während seiner Amtsführung sei ihm übrigens eine Klage darüber nicht zugegangen. Abg. Rickert (dfr.) bezeichnet es als ein gewagtes Unternehmen, das Haus gewissermaßen als Konzilium zwischen Dasbach und ihm zu konstituiren, er weist den Vorwurf zurück, daß er (Redner) seine Ausführungen lediglich auf jüdischen Zeitungsklatsch und erlogene Mittheilungen stütze. Er habe seine Quellen genannt und überlasse das Urtheil darüber der wissenschaftlichen Welt. Er frage aber, was habe der Kampf, den Herr Stöcker hier angeregt habe, mit der Moral der jüdischen Religion zu thun? Herr Dasbach habe hier Reden gegen die Juden gehalten, die Herr Stöcker nicht einmal geleistet habe, und von denen er hoffe, daß die politischen Freunde des Herrn Dasbach dieselben nicht billigen werden. Dasbach habe es sogar gewagt, sich für seine Ansichten auf den allverehrten Grafen v. Moltke zu berufen, während es längst feststehe, daß derselbe die von Dasbach zitirten Ansichten in einer Jugendschrift niedergelegt und deren Wiederabdruck, wie Moltke in einem Schreiben an Karpeles bestätigt, ausdrücklich unter der Bedingung gestattet habe, daß die betr. Stellen weggelassen werden. Er bedauere, daß ein Mitglied des Zentrums derartige antisemitische Reden halte. Machen Sie nur so fort, der deutsche Geist wird schon darüber hinwegkommen, je mehr, desto schneller. Abg. v. Oertzen (k.) empfiehlt das in einer Petition von Altlutheranern ausgesprochene Verlangen, sich als die „lutherische Kirche Preußens" bezeichnen zu dürfen. Kultusminister Dr. Bosse erklärt, hierzu die Hand nicht bieten zu können. Die Generalkommission Friedrich Wilhelm IV. bilde die rechtliche Grundlage der altlutheranischen Kirchengemeinschaft. Würde derselben jetzt die Annahme jenes Namens gestattet werden, so würden voraussichtlich Vermögensansprüche auf Kosten der evangelischen Kirche aufleben. Das können wir nicht und wollen wir nicht. Wohl aber wollen wir die Altlutheraner mit aller ihrer Frömmigkeit, ihrem Ernst, ihrem Patriotisuns zukommenden Wohlwollen behandeln. Mehr können wir nicht thun. Abg. Frhr. v. Plettenberg (kons.) vertheidigt den evangelischen Bund gegen den vom Abg. Dauzenberg erhobenen Vorurf, daß derselbe gegen die katholische Kirche hetze. Gerade auf den katholischen Kongressen fehle es an Toleranz. Der evangelische Bund wünsche Eintracht auf konfessionellem Gebiete, um gemeinsam subversive Tendenzen zu bekämpfen. Gegenüber dem Worte: „Katholisch ist Trumpf" müssen aber die Evangelischen Front machen. Abg. Dasbach erwidert dem Abg. Rickert, daß er (Redner) nur in seinem eigenen Namen gesprochen und nur die Unrichtigkeiten widerlegt habe, die Rickert hier vorgetragen. Abg. Rickert: Nach dieser Erklärung überlasse er dem Hause, zu beurtheilen, wie Herr Dasbach Maß halte. Abg. Frhr. v. Wackerbarth (kons.) verweist darauf, daß er bereits im vorigen Jahr das Ersuchen an den Minister gerichtet habe, den Religionsunterricht in den israelitischen Schulen untersuchen zu lassen. Daß die Sache hier zur Diskussion gestellt wurde, habe man lediglich Herrn Rickert zu verdanken. Ob derselbe dem Judenthum damit einen Dienst geleistet, bezweifle er. Uebrigens habe der Prof. Strack, auf den Rickert sich in diesen Fragen berufe, demselben vorgeworfen, daß er die Vertretung der Juden mit Ungeschick und Unkenntniß geführt habe. Abg. Bachem (Z.) versichert dem Abg. v. Plettenberg gegenüber, daß die Katholiken sich den Evangelischen gegenüber stets auf die Abwehr beschränkt hätten. Als der Evangelische Bund gegründet worden sei, hatten die Katholiken keinen anti-evangelischen oder katholischen Bund gestiftet, sondern einen Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Kampf der Katholiken gegen die Evangelischen werde stets ein Geisteskampf bleiben. Das Wort „Katholisch ist Trumpf" sei vielleicht mal von irgend einem guten Manne in einer begeisterten Versammlung in einem unbewachten und unbedachten Augenblicke gefallen. Jedenfalls sei es nicht mit Vorbedacht weiter verbreitet worden und keinesfalls habe es seine Spitze gegen die Evangelischen richten sollen. Auch auf den katholischen Generalversammlungen falle niemals ein Wort gegen die Evangelischen. Letztere würden auf diesen Versammlungen stets gern gesehene Gäste sein und niemals bei ihrem Weggehen sich persönlich verletzt fühlen. Von dem Evangelischen Bunde sei niemals in annähernd ähnlichem Maße Gewicht darauf gelegt worden, die Katholischen nicht zu verletzen. Er habe die betreffenden Versammlungsberichte gelesen und sich wiederholt tief verletzt gefühlt. Angriffe habe es dort gegeben gegen bei den Katholiken hochverehrte Leute, gegen Bischöfe, ja gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche. Er bedauere, daß sich nicht die Leute des Evangelischen Bundes offen gegen solche Kampfesweise erklärten. Werde von diesem Bunde die Agitation so weiter getrieben, wie in den letzten Jahren, so könne daraus ein Segen für das Land nicht entstehen. Die gemeinsamen Intressen müssen beide Konfessionen hochhalten. Abg. Dr. v. Heereman (Zentrum): Ich muß zunächst bemerken, daß der Kollege Dasbach nicht für unsere Partei, sondern nur für seine Person gesprochen hat. Herrn v. Plettenberg hat ja schon der Kollege Bachem geantwortet. Mir scheint Herr v. Plettenberg doch sehr empfindlich. Die von ihm erwähnten Worte auf katholischer Seite waren jedenfalls nicht verletzend gemeint. Gegensätze bestehen ja zwischen den beiden Konfessionen, aber nicht um deren Betonung handelt es sich, sondern um die Art der Angriffe. Wenn Herr v. Plettenberg mal unbefangen prüfen wollte, was von seiner Seite geschieht, dann würde er milder urtheilen. Auf unseren Versammlungen ist konfessionelle Politik grundsätzlich ausgeschlossen. Herr v. Plettenberg hätte also seine Angriffe unterlassen können. Man sollte doch nicht die kleinen Gesichtspunkte des Auseinanderkommens im Auge behalten, sondern die größeren des Zusammenkommens. Abg. Frhr. v. Plettenberg weist darauf hin, wie nicht er mit Angriffen begonnen habe, sondern neulich Danzenberg. Er bedauere, wenn auf der Versammlung des Evangelischen Bundes zu scharfe Worte gefallen seien, aber er könnte, wenn er wollte, mit Material aufwarten zum Nachtheil der anderen Seite. Abg. Sattler (nl.) bestätigt, daß der Abg. Dauzenberg angefangen. Er acceptire, was v. Heereman und Bachem heute über bloßen Geisterkampf sagten. Aber er müsse doch feststellen, wie von katholischer Seite gehetzt werde. Zweck des Jesuitenordens sei doch auch nur die Bekämpfung der evangelischen Kirche. Einen katholischen Gegenbund gegen den Evangelischen Bund brauchten die Katholiken gar nicht erst zu gründen, denn die ganze katholische Organisation mache einen solchen Bund entbehrlich. Der Evangelische Bund sei überhaupt nur zur Abwehr gegründet. Und das evangelische Volk fühle sich durchaus durch den Ton auf den katholischen Versammlungen verletzt. Abg. Porsch (Z) bemerkt, es sei doch schwer, den versöhnlichen Ton zu führen, wie er selbst ihn neulich angeschlagen, wenn der versöhnliche Ton dazu führe, daß man solche Worte mit anhören müsse, wie sie der Vorredner soeben — wohl ebenfalls „versöhnlich" — gesprochen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn man in alledem, was man heute als Aussprüche von katholischer Seite erwähnt, „Verletzungen" sähe, dann könne man mit demselben Rechte auch schon in seiner Existenz als katholischer Bürger eine Beleidigung sehen. Darüber, ob der Jesuitenorden unverträglich sei mit dem Frieden im Staate, werde ja noch im Reichstage gesprochen werden. Daß, wie Sattler generell ausspreche, auf den katholischen Versammlungen die Evangelischen verletzt würden, dafür habe Sattler jeden Beweis unterlassen. Das Wort „Katholisch ist Trumpf" sei nicht einmal in einer offiziellen Versammlung, und gar nicht im Kampfeston, seitens eines Volksredners gefallen. Ziel der Rede war, seine Zuhörer nicht etwa gegen die Evangelischen einzunehmen, sondern vor dem Ungläubigwerden zu warnen. Politik sei ein für alle Mal auf den Katholikenversammlungen untersagt. Was den Vorwurf anlange, Dauzenberg habe angefangen, so müsse er doch feststellen: der Erste in dieser ganzen Debatte war Herr Stöcker mit den Worten: „Ich wünsche nur, daß die liebenswürdigen Worte, welche wir heute gehört haben, auch auf den Katholikenversammlungen fielen. Aber da wird ganz anders gesprochen, so auch namentlich das letzte Mal in Mainz." Die Konservativen riefen dazu Beifall. Erst darauf wies Kollege Dauzenberg auf den Ton in den Versammlungen des Evangelischen Bundes hin. Redner verliest sodann Aeußerungen auf diesen Versammlungen, beispielsweise: „wer an die Friedensliebe der Römlinge glaube, der sei betrogen." Er bitte: „Lenken Sie im Evangelischen Bunde ein! Denn solche Stellungnahme dieses Bundes muß uns Katholiken verletzen!" (Die Berathung dauert fort.)

Der gegen 1000 Mitglieder zählende, zumeist aus Arbeitern bestehende Konservative Verein zu Elbing beschloß nach einem Vortrage des Chefredakteurs Stein über die **Militairvorlage** einstimmig die Absendung einer Resolution an den Reichstag, in welcher der Verein sich mit dem Plane der vollen Wehrhaftmachung des deutschen Volkes durchaus einverstanden erklärt.

Eine von Mitgliedern der nationalliberalen Partei gestern nach Halle a. S. einberufene Versammlung beschloß nahezu einstimmig eine Resolution des Inhalts, daß sie eine Einigung über die Militairvorlage auf Grund der gesetzlichen Feststellung der zweijährigen Dienstzeit für geboten erachte.

Wie die „Rh.-Westf. Ztg." meldet, war die gestern in Essen wegen der Militairvorlage nach dem Stadtgarten einberufene Versammlung von etwa 2000 Bürgern besucht. Der Reichstagsabgeordnete, Landgerichtsrath Schneider, begründete eine der Militairvorlage zustimmende Resolution, in welcher der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Reichstag baldigst eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen herbeiführen möge. Die Resolution wurde angenommen; die Versammlung schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser.

Die erwähnte Eingabe an den Reichstag aus dem Kreise Mörs erhielt aus 22 Ortschaften 2500 Unterschriften.

In Marburg beschloß eine vom dortigen Konservativen Verein berufene Wählerversammlung, nach einem Vortrage des Justizrath Dr. Grimm an den Reichstag das Ersuchen zu richten, „dem von den verbündeten Regierungen vorgelegten Gesetzentwurf zur Ausnutzung der vollen Wehrkraft des Deutschen Reichs in den wesentlichen Punkten seine Zustimmung zu ertheilen im Interesse der Erhaltung des Friedens, des wirksamen Schutzes des Vaterlandes und der Erleichterung der persönlichen Lasten des Dienstes für den Einzelnen. Die zur Deckung der Kosten der neuen Heereseinrichtung erforderlichen Mittel unter thunlichster Schonung der bereits schwer belasteten Landwirthschaft und des bürgerlichen Gewerbes zu beschaffen."

Ueber die Sonnabendsitzung der **italienischen Deputirtenkammer** bringt das „W. T. B." noch folgenden ausführlicheren Bericht:

„Auf eine Anfrage des Deputirten Bovio über das langsame Fortschreiten des gerichtlichen Verfahrens in der Angelegenheit der Banca Romana erklärte der Justizminister, in voller Kenntniß der Sachlage versichern zu können, daß die von dem Fragesteller betonte Langsamkeit nicht existire. Wenn man die Wichtigkeit der Frage bedenke, so werde man leicht einsehen, daß die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen sein könne. Wenn ihm, erklärte der Minister weiter, Anträge auf Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung noch anderer Deputirter zugegangen wären, so würde er dieselben bereits dem Präsidium der Kammer übermittelt haben. Der Minister stellte entschieden in Abrede, daß die in Sachen der Banca Romana vorgenommenen Haussuchungen nicht den Vorschriften des Gesetzes entsprochen hätten. Nachdem Bovio erwidert hatte, daß um der Würde des Parlaments willen das Schweigen in der Bankenangelegenheit gebrochen werden müsse, war der Zwischenfall erledigt.

Der Minister des Auswärtigen erklärte auf die Anfragen Barzilai's und Carmine's über die Kundgebungen, welche bei der Katholikenversammlung in Wien anläßlich des Jubiläums des Papstes stattfanden, er werde sich des von den liberalen Blättern gebrachten Berichtes über die von den Fragestellern erwähnte Katholikenversammlung bedienen, eines Berichtes, welcher strenge Kritik übe, demnach nicht die Tendenz verfolge, den Sinn zu mildern. Der Minister verlas sodann den Bericht und bemerkte, daß nunmehr ein Urtheil leicht zu fällen sei. Kongresse, Meetings und Versammlungen von katholischen Vereinen seien in der gegenwärtigen Epoche an der Tagesordnung, es hätten deren in der letzten Zeit überall stattgefunden: in Spanien, Portugal, Belgien, Deutschland und Oesterreich-Ungarn. — Die Michaels-Brüderschaft, welche sich am letzten Sonntag in Wien versammelt habe, halte periodische Versammlungen ab, denen das Publikum, das sich wenig um unbedeutende platonische Demonstrationen kümmere, keinerlei Bedeutung beilege. Inzwischen sei eine allmälige Milderung der in den aufeinander folgenden Versammlungen geführten Sprache zu bemerken. Er habe Berichte über ähnliche Kongresse vor sich, welche in den letzten Jahren abgehalten worden. Wenn man die Versammlung vom letzten Sonntag mit solchen der letzten Jahre vergleiche, so sei der Kontrast wegen der relativen Mäßigung der Sprache ein sehr in die Augen springender. In den früheren Katholikenversammlungen habe man ohne Rückhalt von Beraubungen gesprochen, die Italien zum Nachtheile des Papstthums begangen habe: man habe offen Wünsche nach Austreibung der Italiener aus Rom und Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes formulirt. Diesen Versammlungen hätten bisweilen die höchsten politischen Autoritäten beigewohnt. In der Versammlung vom letzten Sonntag sei im Gegentheil der Ausdruck „weltliche Macht" nicht einmal geflüstert worden. Wenn man einen Mangel an genügender Freiheit der Kirche beklagt habe, so sei dies eine Klage, welche alle Länder betreffe, Oesterreich-Ungarn mit eingeschlossen, die mit liberalem Aussatze behaftet seien. Er nehme an, daß eine Berührung dieses Themas den beiden österreichischen Ministern, welche der Versammlung beiwohnten, nicht eben gefallen haben werde. Selbst wenn in katholischen Versammlungen scharfe und unziemliche Angriffe erfolgten, habe Italien den desunden Verstand besessen, denselben keine Wichtigkeit beizulegen und gleichgültig und unempfindlich gegenüber den verschiedenen Ausschreitungen der Redner zu bleiben, welche das Gegentheil vergebens erwünschten. Noch weniger hätte jetzt Italien Ursache, sich wegen einer im Vergleiche zu früheren sehr abgeschwächten Versammlung aufzuregen. Um seine Gedanken besser zum Ausdruck zu bringen, möge man ihm, fuhr der Minister fort, gestatten, sich die Worte anzueignen, welche sein illustrer Vorgänger bei einer ähnlichen Gelegenheit gesprochen, als es sich um einen in Oesterreich-Ungarn abgehaltenen Katholikenkongreß gehandelt habe. „Klagen wir nicht", so habe damals am 11. Mai 1891 der Minister gesagt, „über diese Katholikenversammlung, sondern eher über uns, das heißt, über diejenigen, welche sie fürchten; lassen Sie uns unsere Pflicht thun und größeres Vertrauen in unsere Rechte setzen. Italien hegt keine Besorgniß vor diesen unnützen Anstrengungen, es ist stark genug, seinen Rechten Achtung zu verschaffen!" Italien solle also volles und sicheres Vertrauen auf seine Rechte und seine Stärke haben und sich nicht um die grundlosen Beschwerden Anderer kümmern. Italien sei der zivilisirten Welt gegenüber die feierliche Verpflichtung eingegangen, die Freiheit des Papstthums zu sichern. Dieser Verpflichtung sei es stets nachgekommen, dieselbe werde es stets erfüllen. Wer könne auch daran nur zweifeln, wenn die in diesen Tagen anläßlich des Papstjubiläums aus allen Richtungen der Welt nach Rom gekommenen Gläubigen mit vollkommener Sicherheit und Ruhe dem ehrwürdigen Haupte der katholischen Kirche ihre Huldigung darbringen könnten. Sowie aber Italien der katholischen Welt gegenüber seiner Verpflichtung nachgekommen sei, so solle und wolle es auch die Pflicht gegen sich selbst erfüllen, seine unauflöslich erworbene nationale Existenz vor jedem Angriff zu schützen. Dieser heiligen Pflicht nachzukommen, werde Italien niemals verfehlen, es werde dieselbe mit jenem ruhigen Vertrauen zu erfüllen wissen, welches aus dem Bewußtsein seines Rechtes hervorgehe. (Sehr gut.)

Barzilai erklärte sich durch diese Antwort nicht zufriedengestellt und behauptete, in der mehrfach erwähnten Versammlung wären ganz klare Wünsche nach Wiederherstellung der vollen Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes laut geworden. Auch der Deputirte Carmine erklärte sich nicht befriedigt. Oesterreich-Ungarn habe als Verbündeter Italiens spezielle Pflichten, gegen welche Italien niemals verstoßen habe, sondern im Hinblicke auf welche es nöthigenfalls zu strengen Maßnahmen geschritten sei.

In Erwiderung der Ausführungen des letzten Redners ergriff der Minister des Auswärtigen Brin nochmals das Wort und führte aus: Er habe niemals von Erklärungen gesprochen, die er von der österreichisch-ungarischen Regierung erhalten, und mit denen er sich befriedigt erklärt hätte. Er habe ein Resumé jener Worte gegeben, welche in der von dem Interpellanten erwähnten Wiener Katholikenversammlung gesprochen wurden, und nach Vergleichung derselben mit der Sprache in anderen solchen Versammlung und nach den in diesen letzteren ausgesprochenen und gebilligten Wünschen hervorgehoben, daß die bei diesem Anlasse gehaltenen Reden viel gemäßigter gewesen wären und daß nur von Freiheit der Kirche ohne irgend welche Hindeutung auf territoriale Fragen gesprochen worden sei. Man wolle nun den Schluß ziehen, daß in den gesprochenen Worten eine Anspielung auf Wiedereroberung der weltlichen Macht enthalten gewesen sei. Wenn man den Worten diese tendenziöse Bedeutung beilegen wollte, wann wären diejenigen, welche sich am meisten darüber beklagen müßten, die beiden österreichischen Minister, welche der Versammlung beiwohnten, sobald sie wahrgenommen hätten, daß Wünsche nach Erreichung eines Zieles ormulirt wurden, gegen welches die Politik des Reiches, dessen Mitarbeiter sie sind, ausdrücklich gerichtet ist. — Der Deputirte Barzilai erklärte hierauf, daß er seine Anfrage in eine Interpellation umwandle, und wies hierbei auf die Entfernung von Seismit-Doda hin, welche deshalb erfolgt sei, weil derselbe einem Bankette beiwohnte, auf welchem irredentistische Reden gehalten wurden. Wenn das, was in Wien vor sich gegangen sei, in Italien geschehen wäre, so würde die österreichisch-ungarische Regierung minder koulant vorgegangen sein, als hier die italienische Regierung.

In Beantwortung der Interpellation des Deputirten Lucifero über die angeblichen Aeußerungen des deutschen Reichskanzlers Grafen Caprivi in der Militairkommission des deutschen Reichstages bezüglich der gegenwärtigen Lage Italiens vom politischen, finanziellen und militairischen Standpunkte innerhalb der Tripelallianz erklärte der Minister Brin: Nichts ermächtige die Italiener, zu glauben, daß Italien gegenwärtig von Deutschland minder gewürdigt werde, als früher. Den von Lucifero zitirten, nicht offiziellen Erklärungen habe er, der Minister, bereits die offizielle Erklärung entgegengestellt, daß die Streitkräfte Italiens zu Lande und zur See keineswegs herabgesetzt worden seien, wenn dieselben auch nicht denjenigen Deutschlands gleichkämen oder jemals gleich gekommen wären. Er halte es demnach nicht für wahrscheinlich, daß Graf Caprivi das ihm zugeschriebene Urtheil über die militairische Macht Italiens wirklich gefällt habe; noch weniger wahrscheinlich sei es, daß der deutsche Reichskanzler die Frage erörtert habe, ob die Tripelallianz bei dem Ablauf des gegenwärtigen Vertrages erneuert werden würde oder nicht; die Verbündeten selbst würden es nicht vermögen, den Anstrengungen Italiens, die militairischen Verhältnisse seinen wirthschaftlichen Kräften anzupassen, ihre Billigung zu versagen. Der Minister stellte in Abrede, daß die Verbündeten das Bischofsjubiläum des Papstes zu feindseligen Kundgebungen gegen Italien benützten. Es handele sich hier um Kundgebungen, die von der internationalen Kourtoisie und der Verehrung für den Papst eingegeben seien, und Italien selbst habe keinen Grund, über dieselben nicht erfreut zu sein. Der Minister schloß, die italienische Regierung habe immer ihr Möglichstes gethan, um das hohe Ansehen des Landes aufrecht zu erhalten, und habe es niemals an einer treuen Erfüllung der Verträge der Tripelallianz fehlen lassen. Die Bedenken Lucifero's seien demnach grundlos. Lucifero erklärt sich durch die Antwort nicht zufriedengestellt.

Zu einer Andeutung der Londoner „Pall Mall Gazette", als ob der Kaiser von Oesterreich bei der Verlobung des Prinzen Ferdinand von Koburg Einfluß geübt, bemerkt der **„Pester Lloyd"** in einer Schlußnote:

„Für einen Scherz mag die Notiz hingehen; im Ernste wird ja ohnedies Niemand, der auch nur den Gothaischen Kalender einmal flüchtig angesehen, glauben, daß es Aufgabe des Kaisers und Königs von Oesterreich-Ungarn gewesen, die Heirath des Fürsten von Bulgarien mit einer Prinzessin von Parma zu erlauben oder zu verweigern."

Rundschau im Auslande.

In **Rom** hat am gestrigen Tage Papst Leo XIII., der heute den fünfzehnten Jahrestag seiner Wahl zum Oberhaupt der katholischen Kirche wiederkehren sieht, den fünfzigsten Jahrestag seiner Bischofsweihe gefeiert. Die Beweise huldigender Verehrung, welche dem Papste aus diesem Anlaß aus allen Theilen der Welt zugingen, gestalteten sich ebenso imposant wie vor fünf Jahren, als Leo XIII. am 31. Dezember 1887 das Jubiläum seines fünfzigjährigen Priesterthums beging. Papst Leo ist am 2. März 1810 geboren, hat also bald das 83. Lebensjahr vollendet. Mit erstaunlicher Rüstigkeit und Frische zelebrirte er gestern die Messe, welcher mehr als 6000 Personen beiwohnten. Nach der Messe, welche um $11^1/_4$ Uhr beendigt war, ertheilte der Papst mit kräftiger Stimme den Segen. Sowohl beim Betreten wie beim Verlassen der Kirche wurde derselbe enthusiastisch begrüßt. Anläßlich des Jubiläums waren gestern Abend die Peterskirche, die übrigen Kirchen, alle Klöster und katholischen Niederlassungen, sowie viele Privathäuser illuminirt. Das Wetter war prächtig; während des